

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

15.03.2022

Inhalt

EWN

1 Warum wollten Sie keine Geflüchteten aus der Ukraine aufnehmen, Herr Vogt? <i>SPIEGEL+</i> , 09.03.2022	3
2 Energieversorger in MV bereiten sich auf Gas-Krise vor <i>ndr.de</i> , 14.03.2022	5
3 MV verschiebt den „Freedom Day“ <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung</i> , 15.03.2022	6
4 Endlagersuche: Thüringer wollen genau hinschauen <i>mainpost.de</i> , 14.03.2022	7
5 Wie sich Deutschland wissentlich in die Abhängigkeit von Russland manövrierte <i>WELTplus</i> , 14.03.2022	8

BÜRGERMEISTER VON LUBMIN

Warum wollten Sie keine Geflüchteten aus der Ukraine aufnehmen, Herr Vogt?

Die Gemeinde Lubmin, wo die Nord-Stream-Pipelines ankommen, wollte eine »unkontrollierte Aufnahme von Flüchtlingen verhindern«. Bürgermeister Axel Vogt erklärt seine Dienstanweisung – die er inzwischen zurückgenommen hat.

SPIEGEL: Herr Vogt, Sie wollten in Lubmin keine Geflüchteten aus der Ukraine aufnehmen. Warum?

Vogt: Ich muss das richtigstellen: Wir wollen Menschen in Not helfen und sehr gerne Flüchtlinge aus der Ukraine aufnehmen. Das soll aber über das Land organisiert werden. Ich hatte daher eine Dienstanweisung herausgegeben, die es der Kurverwaltung untersagt, selbst Unterkünfte an Geflüchtete zu vermitteln.

SPIEGEL: Wieso das?

Vogt: In unserer Gemeinde gibt es viele Ferienwohnungen. Plötzlich kamen jede Menge dubiose Anfragen, ob da Flüchtlinge unterkommen könnten. Wir erhielten Meldungen, dass sich Privatpersonen, die wir gar nicht kennen, bereits mit dem Pkw auf dem Weg gemacht haben, Menschen abzuholen. Die Besitzer der Ferienwohnungen zeigten sich dann besorgt, wer da kommt – und was passiert, wenn zu Ostern die ersten anderen Feriengäste in die Unterkünfte wollen. Dann können wir ja die Menschen aus der Ukraine nicht einfach wieder auf die Straße setzen.

SPIEGEL: Wenn sich Flüchtlingshelfer bereit erklären, länger für die Ferienwohnungen zu zahlen, stellt sich doch die Frage des Rauswurfs gar nicht.

Vogt: Ich gebe hier lediglich den Konflikt der Vermieter wieder. In erster Linie geht es aber darum, die unkoordinierte Aufnahme von Flüchtlingen zu verhindern und stattdessen Wohnungen über das Land zu vermitteln. Ich habe heute die Dienstanweisung auch schon wieder zurückgenommen, die vielen Anfragen zur Unterbringung von Flüchtlingen haben nachgelassen.

SPIEGEL: Das Signal, das an die Menschen in Not zunächst einmal ausgesandt wurde, war aber: »Ihr seid hier nicht willkommen.«

Vogt: Nein, das weise ich ausdrücklich zurück. Wir wollen Menschen aufnehmen, und wir haben auch schon eine Spendenaktion gestartet. Aber am Ende geht es auch darum, die Geflüchteten selbst bestmöglich vor Problemen zu schützen.

»Seit Kriegsbeginn treiben sich hier viele Leute rum, die vor Ort keiner kennt.«

SPIEGEL: Wie meinen sie das?

Vogt: Lubmin ist ein sensibler Standort – hier haben die Pipelines von Nord Stream 1 und Nord Stream 2 ihre Anlandestationen, außerdem ist in der Nähe ein atomares Zwischenlager, ein Ölverarbeitungsbetrieb mit Öltanklagern und durch den Seehafen ein Grenzübergang. Das alles sind kritische Infrastrukturen auf engem Raum. Seit Tagen erleben wir eine starke antirussische Stimmung, wir haben viele Mails bekommen, in denen man uns vorwirft, »Putin-Versteher« zu sein. Wenn da plötzlich Flüchtlinge über dubiose Wege zu uns kommen anstatt über das Land vermittelt, dann ist das heikel.

SPIEGEL: Dubiose Anfragen, dubiose Wege – das klingt alles sehr vage, sehr diffus. Verstehe ich Sie richtig: Sie fürchten, aus der Ukraine geflohene Menschen könnten Anschläge auf die Pipelines oder Ölanlagen in Lubmin verüben?

Vogt: Oh Gott, nein! Ich fürchte eher, dass sie hier in eine aufgeheizte Stimmung geraten und von verschiedenen Seiten instrumentalisiert werden könnten. Dann werden Konflikte auf deren Rücken ausgegossen. Seit Kriegsbeginn treiben sich hier viele Leute rum, die vor Ort keiner kennt.

SPIEGEL: Leute, die keiner kennt? Was meinen Sie damit?

Vogt: Man kann das beinahe als Katastrophentourismus bezeichnen. Seit der Bundeskanzler den Zertifizierungsstopp für Nord Stream 2 verkündet hat, kommen hier immer mehr Leute in die Industrieanlage, auch in Bereiche, die eigentlich nicht zugänglich sind. Mir wurde berichtet, dass die Personen filmen und Fotos machen. Ihre Autos haben Kennzeichen, die nicht aus der unmittelbaren Region sind. Wir haben auch schon mehrere Sachbeschädigungen an Sicherheitsanlagen im Hafen der Polizei gemeldet.

SPIEGEL: Also geht es doch um die Sicherheit der Anlagen. In Ihrer Dienstanweisung war ja in diesem Zusammenhang von einer »Gefahrenlage« die Rede.

Vogt: Zusammen mit den Mails, die mich erreichen, sorgt mich einfach, dass noch was passiert. Im Netz

befeuern die extremen Ränder ja schon jetzt eine Debatte über steigende Energiepreise. Aber noch mal: Ich befürchte nicht, dass Geflüchtete Anschläge begehen. Ich will sie davor schützen, dass sie von anderen für politische Zwecke missbraucht werden.

SPIEGEL: Wenn nun Ehrenamtliche in Lubmin dennoch nicht warten wollen, bis das Land Geflüchtete nach Schlüssel verteilt, sondern selbst helfen wollen – dürfen sie?

Vogt: Sofort! Ich darf niemandem vorschreiben, was er privat macht – und ich will es auch nicht. Wenn Familien aus Lubmin Unterkünfte organisieren, bin ich der Erste, der vorbeikommt und fragt, wie ich sie noch weiter unterstützen kann.



📄 ndr.de | 14.03.2022

👤 Stefan Ludmann

🔗 WEBLINK

Energieversorger in MV bereiten sich auf Gas-Krise vor

Energieversorger in Mecklenburg-Vorpommern treffen Vorkehrungen für eine mögliche Gas-Krise wegen des Ukraine-Krieges. Nach NDR-Informationen haben sie Großkunden Fragebögen zugeschickt, in dem auch nach der System-Relevanz der Abnehmer gefragt wird.

Drei Seiten lang ist das Schreiben, das der regionale Energieversorger Gasnetz Vorpommern vor einigen Tagen an etwa 60 Großkunden in der Region Wolgast-Usedom geschickt hat - beispielsweise an Unternehmen, an Hotels, Restaurants oder auch an das **Entsorgungswerk für Nuklearanlagen (EWN)** in Lubmin, in dem Castor-Behälter mit Atommüll gelagert werden. Trotz einer "geringen Eintrittswahrscheinlichkeit von Gasmangellagen" sei man gesetzlich verpflichtet, "präventive Maßnahmen zu treffen". Verwiesen wird auf Regelungen im Energiewirtschaftsgesetz.

Schreiben mit Fragebogen

Unter dem Betreff "Krisenvorsorge Gas" heißt es in dem Schreiben: "Sollte es zu einer Gasmangel-Lage kommen, werden wir Sie gemäß Leitfaden "Krisenvorsorge Gas" auffordern, Ihren Gasbezug unverzüglich anzupassen und Ihren Lieferanten hierüber zu informieren." Es folgt ein kurzer Fragebogen, in dem nach Notfall-Telefonnummer oder nach den Möglichkeiten von alternativen Energien gefragt wird. Außerdem geht es um Angaben, ob soziale Dienstleistungen "von grundlegender Bedeutung" erbracht werden.

Vorbereitung auf Krisenlage

Der Geschäftsführer von Gasnetz Vorpommern, Volker Höfs, sagte dem NDR, es gehe darum vorbereitet zu sein. "So wie jeder Bürger machen auch wir uns Gedanken, was könnte passieren, wenn Russland die Erdgasversorgung einstellt." Bei einer Krisenlage müsse auch die Frage beantwortet werden, wie notwendig die Gas-Versorgung für einzelne Abnehmer sei.

Wesentliche Abnehmer werden priorisiert

"Wenn wir uns in einer Situation wiederfinden, dass

es kalt ist und wir Winter haben und wir haben nur Gas für die wesentlichen Kunden, dann müssen wir ganz genau hinschauen: Wen müssen wir versorgen, weil er im Sinne der öffentlichen Ordnung Wärme benötigt." Wesentliche Abnehmer seien beispielsweise Alten- und Pflegeheime, Krankenhäuser oder die Ernährungsbranche.

Entscheidungen würden dann im Falle eines Falles mit den Krisenstäben der Kreise und des Landes getroffen. Höfs stellte klar, dass es lediglich um eine Vorsorgemaßnahme gehe, das sei nicht bequem, müsse aber sein.

Hanse-Gas schreibt auch Kunden an

Auch der Anbieter Hanse-Gas bestätigte ein ähnliches Verfahren. Man habe etwa 65 Kunden angeschrieben, um auf eine mögliche "Gasmangellage" aufmerksam zu machen, so eine Sprecherin. Der Präsident des Hotel- und Gaststättenverbandes, Lars Schwarz, warnte vor voreiligen Maßnahmen. In seiner Branche hat der Fragebogen Sorgen ausgelöst.

Hoffnung auf Ende des Krieges

Schwarz erklärte mit Blick auf den Fragebogen, "im Moment ist das eine Vorsorgemaßnahme, man bereitet sich auf ein mögliches zukünftiges, hoffentlich nicht eintretendes Szenario vor." Jeder aber habe Verständnis, dass Altenheime oder Krankenhäuser bei der Gasversorgung Vorrang hätten. Man sei aktuell aber nicht an dem Punkt. Wichtig sei, so Schwarz, dass es jetzt nicht zum Äußersten komme. Eine Gas-Krise, die könne am ehesten durch ein Ende des Krieges in der Ukraine abgewendet werden und dazu brauche es eine diplomatische Lösungen.

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 15.03.2022 | S. 6

 Auflage: 29.839 | Reichweite: 74.194

 Frank Pubantz

CORONA-PANDEMIE

MV verschiebt den „Freedom Day“

Viele Corona-Regeln gelten nach dem 19. März weiter / 3G-Regelung in Gastronomie, Einzelhandel oder Nahverkehr bleibt

Mecklenburg-Vorpommern verschiebt die bundesweit geplanten Lockerungen: Ab 20. März, wenn andernorts die meisten Regeln verschwinden, soll es in diversen Bereichen im Nordosten weiter strenge Vorgaben geben. Grund: In MV steigen die Corona-Zahlen durch die Omikron-Virus-Variante B2 weiter rasant. Zunächst sollen möglichst viele der bestehenden Regeln im Zuge einer Übergangsregelung bis zum 2. April fortgeschrieben werden - diese Möglichkeit soll den Ländern im neuen Infektionsschutzgesetz offenstehen.

„Eine Pandemie lässt sich nicht per Gesetz beenden“, sagt Gesundheitsministerin Stefanie Drese (SPD) Richtung Bundespolitik. Am Freitag wollen Bundestag und Bundesrat alle tiefgreifenden Corona-Regeln zum 20. März aufheben. Für Drese ist das viel zu früh. „Wir sind in einer schwierigen Phase.“ In MV füllten sich die Krankenhäuser gerade mit Corona-Patienten, wenngleich die Krankheitsverläufe meist schwächer sein.

Das Land wolle die Lockerung ausbremsen. Zwar entfallen am Sonntag die Corona-Warnampel, die Einschränkung auf 2G oder 2G plus, Schließungen oder eine Obergrenze für Besucherzahlen bei Veranstaltungen. Einiges aber solle bleiben.

Konkret: In Gastronomie, Hotels, im Einzelhandel, bei touristischen Angeboten und Veranstaltungen innen wie außen, Bus- und Bahnverkehr, in Schwimmbädern oder beim Friseur sollen weiter 3G und Maskenpflicht gelten. In Krankenhäusern und im Pflegebereich seien sogar weiter Test- und Maskenpflicht vorgesehen. Dies werde aber nicht reichen, um die schnelle Ausbreitung der Virusvariante zu verhindern. Deshalb sei

Selbstschutz gefragt, so Drese. In Schulen bleibe es bei der Empfehlung, Masken am Platz zu tragen. In einer zweiten Stufe könnten die Corona-Regeln für ganz MV sogar noch einmal verschärft werden. Dazu muss der Landtag jedoch erst klare Regeln für eine Hotspot-Strategie aufstellen. Laut Ministerium würde aus heutiger Sicht das gesamte Land als Hotspot eingestuft.

Auch Experten warnen. „Das Virus bleibt unberechenbar“, sagt Prof. Emil Reisinger, Universität Rostock. Es gebe eine starke Zunahme bei Corona-Patienten in Kliniken, vor allem bei über 60-Jährigen. Der stark infektiöse B2-Typ mache in MV bereits 85 Prozent der Corona-Fälle aus - bundesweit seien es mit 50 Prozent deutlich weniger. Wegen Personalausfalls durch Corona müssten zudem bereits Stationen in Kliniken geschlossen werden.

Aus der Wirtschaft kommt heftige Kritik. „Mit absolutem Unverständnis und verärgert nehmen wir die kurzfristig angekündigte Verlängerung der Testpflichten im Gastgewerbe zur Kenntnis“, so Lars Schwarz, Deutscher Hotel- und Gaststättenverband MV. Noch vor kurzem sei erklärt worden, dass alle strengen Regeln zum 20. März abgeschafft werden sollen. „Nun werden wir wieder mitansehen müssen, wie unsere Gäste nach Schleswig-Holstein ausweichen.“

Kritik kommt auch von Sven Müller, Vereinigung der Unternehmensverbände MV. Die neuen Regelungen seien wieder erst „fünf Minuten vor Redaktionsschluss“ bekannt geworden. Arbeitgeber müssten sich aber auf die Veränderungen einstellen können. Dafür sei mehr Zeit nötig.

mainpost.de | 14.03.2022

WEBLINK

Endlagersuche: Thüringer wollen genau hinschauen

Bei der Atom-Endlagersuche ist auch der Landkreis Schmalkalden-Meiningen im Visier der Forscher. Für Landrätin Peggy Greiser wirft das Verfahren Fragen auf.

Der Landkreis Schmalkalden-Meiningen lehnt ein Endlager für hochradioaktive Abfallstoffe auf seinem Gebiet konsequent ab. Dies geht aus einer Pressemitteilung des Landratsamts hervor.

Die Atomendlagersuche in der Bundesrepublik schreitet voran. Rund 54 Prozent der Fläche Deutschlands wurden aufgrund ihrer Geologie im Zwischenbericht der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) als geeignetes Endlager für hochradioaktive Abfälle eingestuft. Betroffen ist neben dem benachbarten Thüringer Landkreis Schmalkalden-Meiningen auch der Landkreis Rhön-Grabfeld. Hier ist man ebenfalls schon hellhörig geworden. Landrat Thomas Habermann sieht jedenfalls die Zeit gekommen, für mehr Öffentlichkeit zu sorgen, was die Endlager-Thematik angeht.

Greiser hinterfragt Entscheidungsprozess

Das tut auch seine Thüringer Amtskollegin Peggy Greiser. „Als Landkreis, dessen Fläche derzeit zu rund 70 Prozent als Teilgebiet ausgewiesen ist, sind wir auch Teil eines der vier bundesweit benannten Gebiete zur Methodenentwicklung. Das bisherige Standortauswahlverfahren wirft nicht nur Fragen auf, es gibt

auch großen Anlass zur Sorge, dass hier, ähnlich wie schon beim SüdLink, keine fachlich fundierte Entscheidung getroffen wird“, macht die Landrätin des Kreises Schmalkalden-Meiningen in der Pressemitteilung deutlich.

Sie ruft daher Institutionen, Verbände, Vereine, NGOs, Experten oder interessierte Bürgerinnen und Bürger auf, sich im weiteren Verfahren aktiv einzuschalten und zu engagieren. „Ziel muss es sein, dass Thüringen möglichst breit, nicht nur mit Behördenvertretern und politischen Akteuren, in den entsprechenden Veranstaltungen vertreten ist. Das Signal an die BGE muss klar sein, dass wir Thüringer hier genau hinschauen“, wird Greiser zitiert.

Im Zeitraum vom 25. März bis 1. April findet eine große digitale Veranstaltungsreihe der BGE zur Methodenentwicklung für die repräsentativen vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen statt, zu der sich jeder anmelden und sein Recht auf die gesetzlich im Verfahren vorgeschriebene Öffentlichkeitsbeteiligung wahrnehmen kann, informiert das Landratsamt. Anmeldebedingungen sind auf der Internetseite der BGE (www.bge.de) zu finden.

GAS-IMPORTE**Wie sich Deutschland wesentlich in die Abhängigkeit von Russland manövrierte**

Die Liste deutscher Politiker, die für russisches Gas gekämpft haben, ist weit länger als Gerhard Schröder (SPD) und Angela Merkel (CDU). Ihre Naivität und politische Fehler haben zur Folge, dass Deutschland von Energie aus Russland abhängig ist. Geschichte eines Versagens.

Es gab Momente, da hatte die Bundeskanzlerin von Pipelines und russischem Gas genug. Da machte sich Angela Merkel (CDU) in vertrauter Runde über den russischen Präsidenten lustig. Und sie imitierte Wladimir Putin. Der sei immer wieder mit "moja truba" gekommen, mit "meiner Röhre". Gemeint ist die Gaspipeline Nord Stream.

Aber das hielt Merkel nicht davon ab, sich offiziell für den Bau von Nord Stream grundsätzlich mit aller Kraft einzusetzen. So, wie das ihr Amtsvorgänger Gerhard Schröder (SPD) getan hatte. Und so tat es auch Olaf Scholz (SPD), erst als Finanzminister und dann noch in den ersten Wochen seiner Kanzlerschaft.

Regierungschefs, Minister und zahlreiche Spitzenpolitiker haben für die direkte Leitung aus Russland geradezu gekämpft, gekämpft dafür, von dort mehr Gas zu beziehen, aber auch mehr Kohle, mehr Öl.

"Deutschland ist sehenden Auges in die Abhängigkeit von russischem Gas, Öl und Kohle gelaufen - das gilt für die Union wie für die SPD", sagt Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung. "Billiges Gas und der Wettbewerbsvorteil dadurch waren wichtiger als der Ausbau erneuerbarer Energien."

Im Rückblick, nach dem russischen Überfall auf die Ukraine und dem Ringen um Sanktionen, erscheint der Kurs der deutschen Energiepolitik in den vergangenen Jahrzehnten wie ein gigantischer Irrweg.

"Wandel durch Handel"

Es beginnt mit dem Röhrendeal 1970, einem Tauschgeschäft: deutsche Leitungstechnik gegen russisches Gas. Dem damaligen Kanzler Willy Brandt (SPD) geht

es dabei um mehr als günstige Rohstoffe. Die Vereinbarung mit Russland ist ein Pfeiler seiner Ostpolitik, es entspricht dem Prinzip "Wandel durch Annäherung". Daraus wird später die Formel "Wandel durch Handel".

Zumindest bei den Sozialdemokraten, die sich massiv für die Ostsee-Pipeline Nord Stream und Energielieferungen aus Russland einsetzten, spielt dieses Prinzip in den vergangenen Jahrzehnten in der Energiepolitik immer eine Rolle. Vor allem gilt das für Gerhard Schröder, der den Bau von Nord Stream 1 in Deutschland kräftig anschiebt und mit Putin dabei ist, als die beteiligten Energiekonzerne am 8. September 2005 die Grundsatzvereinbarung dafür unterschreiben - zehn Tage vor der vorgezogenen Bundestagswahl, die Schröder freilich verlieren sollte.

Seine Nachfolgerin Angela Merkel sieht das Projekt nüchterner, frei von Männerfreundschaft und außenpolitischen Dogmen. Merkel will allerdings Klimakanzlerin werden, sie strebt die große Energiewende an. Aber das geht - vorerst - nur mit russischem Gas. Denn der Atom- und Kohleausstieg ist beschlossen, der Ausbau der erneuerbaren Energien kommt nicht wie erhofft voran. Deutschland ist energiehungrig, vor allem seine Industrie. Russisches Gas soll die "Brücke" bilden, bis sich genug Windräder drehen und das Land mit Solaranlagen überdacht ist.

Während Merkels 16-jähriger Kanzlerschaft wird Russland zum mit Abstand wichtigsten Lieferanten von Gas, Kohle und Öl. 2011 gehen knapp 15 Prozent der russischen Gaslieferungen über Pipelines nach Deutschland, 2020 sind es 28,5 Prozent. Dass diese Abhängigkeit fatal sein kann, wird ausgeblendet. "Die vergangenen Bundesregierungen haben Russland lange ähnlich naiv im Blick gehabt wie Chi-

na“, sagt Gabriel Felbermayr, Direktor des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung. Kritikern wurde entgegengehalten: „Die Russen haben immer geliefert, selbst zu Zeiten des kältesten Kalten Krieges.“

Beteiligte Minister und Staatssekretäre der Ära Merkel bestreiten indes, die Rohstoffpolitik sei politisch gesteuert gewesen. „Die Gasmärkte sind seit Jahren liberalisiert. Bundesregierungen können den Energiekonzernen nicht vorschreiben, wo sie einkaufen“, sagt ein Energieexperte aus Merkels früherer Regierungsmannschaft. „Wir treiben hier keine Planwirtschaft.“

Auch die Kanzlerin hat immer wieder betont: „Nord Stream ist ein rein privatwirtschaftliches Projekt.“ Bis 2018 hält sie daran fest, unterstützt allerdings die deutsch-russischen Gasprojekte nach Kräften.

Zur offiziellen Inbetriebnahme der ersten Röhre am 8. November 2011 mit dem damaligen russischen Präsidenten Dmitri Medwedjew kommt Merkel persönlich. Das wäre nicht nötig gewesen - und passt nicht ganz zur Version, die von der CDU verbreitet wird. Demnach habe die Kanzlerin in der großen Koalition die SPD mit Blick auf die immer stärkere Bindung an russisches Gas nur schweren Herzens gewähren lassen. Das Thema Gaslieferungen aus Russland sei so umstritten gewesen, dass man es lieber aus den Verhandlungen für die zweite große Koalition ausgeklammert habe.

Für die Gasfreundschaft

Ohne Frage, in der SPD gibt es auch zu jener Zeit starke Kräfte, die die Gasfreundschaft mit Russland vorantreiben. Sigmar Gabriel, von 2013 bis 2018 im Kabinett zunächst als Wirtschafts-, dann als Außenminister, hat auf seinen Sprechzetteln auch die Version vom „privatwirtschaftlichen Vorhaben“ stehen. Allerdings wirbt auch er engagiert für die Ostsee-Pipeline. 2015 erklärt er: „Nord Stream liegt in deutschem Interesse.“ Und noch im Februar dieses Jahres sagt Gabriel der „Wirtschaftswoche“: „Ich habe Nord Stream 2 immer für ein richtiges Projekt gehalten.“

Heiko Maas (SPD), Außenminister im letzten Kabinett Merkel, sieht Putins Politik zwar kritisch. Dennoch konstatiert er im September 2018 am Rande der UN-Generaldebatte in New York: „Es gibt keine Abhängigkeit Deutschlands von Russland, schon gar nicht in Energiefragen.“ Im Dezember 2020 stellt Maas mit Blick auf den Regierungsantritt von US-Präsident Joe Biden klar: „Die Bundesregierung wird ihre Haltung zu Nord Stream 2 nicht verändern.“

Dabei bezieht Deutschland bereits mehr als die Hälfte seiner Gas- und Kohleimporte aus Wladimir Putins Reich, beim Öl ist es etwa ein Drittel. Der Herrscher im

Kreml hat zu jener Zeit bereits mit Blick auf die Ukraine den Finger am Abzug - und potenziell am Hahn für das Erdgas nach Deutschland.

„Geopolitik hat in den vergangenen Jahrzehnten für die jeweiligen Bundesregierungen kaum eine Rolle gespielt. Bundeskanzlerin Angela Merkel ist durch die Welt gereist, aber ohne strategische Außen- oder Sicherheitspolitik im Gepäck“, analysiert Michael Hüther, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln. „Bei der Energiepolitik ging es um eins: Rohstoffe sollten günstig sein. Russisches Gas war dies.“

Mit ihrem Eintreten für die enge Bindung an Russland ist Merkel in der eigenen Partei übrigens keineswegs allein. Als die Grünen im September 2020 vom Wirtschaftsministerium wissen wollen, ob der Mehrbedarf an Gas so groß sei, dass man Nord Stream 2 zur Versorgung brauche, lässt der damalige Ressortchef Peter Altmaier (CDU) antworten, man gehe von großen, zusätzlich benötigten Gasmengen aus. Die Quelle, auf die sich das Ministerium bezieht, ist die mehrheitlich in russischer Hand befindliche Nord Stream 2 AG, hinterfragt wird die Einschätzung nicht.

„Die Fixierung auf russisches Erdgas ist auf eine Mischung aus Naivität der jeweiligen Bundesregierung, Scheuklappen bezüglich der Folgen sowie knallharten Wirtschaftsinteressen zurückzuführen“, fasst Janis Kluge zusammen. Der Osteuropa-Experte der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin fügt hinzu: „Und natürlich auf die geschickte Lobbyarbeit eines Netzwerks aus Politikern, Industriellen und wirtschaftsnahen Experten, die die Vorteile der Lieferungen aus Russland verbreiten.“

Hintergrund: Stationen einer gefährlichen Bindung

Röhren gegen Gas

Am 1. Februar 1970 wird das deutsch-sowjetische Röhrengeschäft besiegelt: Die Konzerne Mannesmann und Thyssen liefern Großröhren an die Sowjetunion, die damit ihr Gasnetz gen Westen ausbaut. Bis es ab Oktober 1973 so weit ist, dass die Sowjetunion, wie vereinbart, jährlich drei Milliarden Kubikmeter Gas liefern kann, wird das Geschäft zwischenfinanziert. Das erledigen deutsche Banken durch sogenannte Röhrenkredite, die durch staatlich gedeckte Hermesbürgschaften Moskau günstige Konditionen bieten.

Das Geschäft ist Vorbild für viele spätere Dreiecksdeals zwischen Unternehmen der Bundesrepublik und russischen Staatsbetrieben. Der Anteil der Lieferungen der Sowjetunion an den westdeutschen Gasimporten steigt bis Ende der 80er-Jahre auf rund 50 Prozent.

Nach dem Ende der Sowjetunion fällt er jedoch zurück.

Pipeline-Deal unter Freunden

Am 8. September 2005 unterzeichnen Gazprom und Tochterfirmen von BASF und E.ON den Vertrag über eine zweisträngige Gaspipeline durch die Ostsee, deren Bau seit Mitte der 90er-Jahre von russischer Seite angestrebt wird. Bei der Unterzeichnung sind die entscheidenden Politiker für das Zustandekommen des Deals anwesend: Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) und Russlands Präsident Wladimir Putin.

Die Vertragsunterzeichnung erfolgt wenige Tage vor der Bundestagswahl. Ein Jahr zuvor hatte Schröder in einem ARD-Interview betont, zwischen ihm und Putin bestehe ein Grundvertrauen. Im Dezember 2005 übernimmt der SPD-Politiker, nachdem er die Bundestagswahl verloren hat, den Posten an der Aufsichtsratspitze des Pipeline-Konsortiums, an dem Gazprom die Mehrheit hält.

Nord Stream liefert

Am 8. November 2011 feiern in Lubmin bei Greifswald unter anderem Kanzlerin Angela Merkel, ihr Vorgänger Gerhard Schröder und Russlands damaliger Präsident Dmitri Medwedew die Eröffnung der 1224 Kilometer langen zweisträngigen Ostsee-Gaspipeline Nord Stream 1. Geplant werden nun zwei weitere Röhren, das Projekt Nord Stream 2. Die vor allem von den USA angeführten Bedenken, das Projekt erhöhe Moskaus Erpressungspotenzial gegenüber Polen und der Ukraine, werden wie im Fall von Nord Stream 1 beiseite gewischt.

2015 segnet Kanzlerin Angela Merkel (CDU) den Bau trotz der amerikanischen Drohung ab, das Projekt mit Sanktionen zu belegen. Ab 2018 werden Röhren verlegt, Ende 2021 ist die neue Pipeline fertig und wartet auf ihre Betriebsgenehmigung. Inzwischen hat sich der Anteil Russlands an Deutschlands Gasimporten bereits deutlich erhöht. Nun beträgt er mehr als 50 Prozent.

Kontrolle über Speicher

Zum Jahreswechsel 2015/16 übernimmt Gazprom alle Anteile der BASF an Gasspeicherkapazitäten in Deutschland, dazu gehört Europas größte Anlage im niedersächsischen Rehden. Der Deal war wegen der Annexion der Krim zunächst gestoppt, wurde aber nach dem Minsker Abkommen zur Deeskalation des Ukraine-Konflikts wieder aktiviert. Der Ludwigshafener Konzern erhält im Gegenzug Anteile an Gasfelder in Russland. Im Ergebnis hält Russlands Staatsmonopolist Gazprom seither ein Viertel der deutschen Gaslagerkapazitäten.

Im Januar 2022 wird bekannt, dass trotz der attraktiven Gaspreisentwicklung die Speicher von Gazprom in ungewöhnlich geringem Maße befüllt wurden. Experten gehen davon aus, dass hier bereits ökonomische Rationalität zugunsten strategischer Gesichtspunkte zurückgestellt wurde, womöglich auch mit Blick auf die anstehende Invasion der Ukraine: Wenig gefüllte Speicher erschweren es Deutschland, auf Gaslieferungen zu verzichten.

Es läuft wie geölt

Am 1. Januar 2017 übernimmt der russische Ölkonzern Rosneft die Mehrheit an der Raffinerie PCK Schwedt, wohin seit DDR-Zeiten die Pipeline "Druschba" (Freundschaft) Erdöl aus Westsibirien liefert. Der Konzern, an dem der russische Staat bedeutende Anteile hält, ist an drei deutschen Anlagen beteiligt und zur Nummer drei der Raffineriebetreiber in Deutschland aufgestiegen.

Über die Jahre wächst der Ölimport aus Russland und hat inzwischen einen Anteil von 34 Prozent an Deutschlands Einfuhren - damit ist Russland als drittgrößter Ölförderer der Welt für Deutschland der wichtigste Öllieferant. Bei Rosneft, dem seit 2012 größten Ölkonzern, bekommt Altkanzler Gerhard Schröder einen Topjob, er wird im September 2017 Aufsichtsratschef.

Seit der Jahrtausendwende steigen auch die Kohleimporte aus Russland stetig, bis 2017 wurde mit jedem Jahr mehr von dort importiert. Damit ist Russland auch der wichtigste Kohlelieferant für Deutschland. 2021 kamen 57 Prozent der eingeführten Hartkohle sowie Hartkohleprodukte aus Russland.